

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die Sächsische Schweiz

Dies Blatt enthält die amtlichen

Bekanntmachungen für das Amtsgericht, das Hauptzollamt, für den

Stadtrat zu Bad Schandau und den Stadtgemeinderat zu Hohnstein

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Ausgabe erfolgt nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: monatlich 4.— M., ins Haus gebracht 4.50 M., durch die Post 4.— M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummer 20 Pf. Bestellungen nehmen die Briefträger und Postanstalten, sowie alle Zeitungsboten entgegen.

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiete.



Anzeigen finden die weiteste Verbreitung. Annahme derselben bis spätestens vormittags 9 Uhr, größere Anzeigen am Tage vor dem Erscheinen erbeten. Ortspreis für die Zeitschriftseite 60 Pf., für auswärtige Auftraggeber 75 Pf. (tabellarischer und schwieriger Satz nach Uebereinkunft), Reklame u. Eingeladene die Seite 150 Pf. Bei Wiederholungen Rabatt.

Verantwortlich: Konrad Rohrlapper, Bad Schandau.

Vertrauf Nr. 22 Gemeindeverbands- Girokonto Bad Schandau 36.

Postcheckkonto Leipzig Nr. 34918 —: Telegramme: Elbzeitung.

Nr. 240

Bad Schandau, Mittwoch, den 13. Oktober 1920

64. Jahrgang

## Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Wie verlautet, ist der Ministerialdirektor Ulrich Rauffner vom Auswärtigen Amt zum deutschen Gesandten in Georgien ernannt worden.

\* Nach einer Drablung aus London besteht heute innerhalb der britischen Regierung eine Mehrheit für den unmittelbaren Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund.

\* In Riga ist der Vorfriede zwischen Polen und Sowjetrußland unterzeichnet worden.

## Wider die Natur.

Wenn in Deutschland oder anderwärts von der Wiedergutmachungskommission die Rede ist, hört man immer wieder von Rechtsbrüchen und Willkürlichkeiten, welche die Kommission durch Verungung auf irgendeinen Paragraphen des Friedensvertrages zu rechtfertigen sucht, ohne sich jemals die Mühe einer wirklichen Bearbndung zu geben. Der französische Nachgelehrte, der die Kommission fast schrankenlos beherrscht, sorgt zur Genüge dafür, daß eine Demütigung für Deutschland die andere ablöst. Aber was jetzt bekannt geworden ist, das läßt doch wieder einmal die ganze Welt aufhorchen. Sie verlangt nichts mehr und nichts weniger, als daß alle in Deutschland vorhandenen schnelllaufenden Dieselmotoren geschlagen werden. Und daß fortan keine Maschinen dieser Art mehr bei uns gebaut werden dürfen. Man glaubte erst an irgendeine Sinnesänderung, aber nein, bei der Maschinenfabrik Augsburg-Würzburg hat sich bereits eine Entente-Kommission bilden lassen mit dem Verlangen, ihr das vorhandene Motorenmaterial zur Verschlagnahme auszuliefern, und die deutsche Regierung mußte mit dürren Worten bestätigen, daß die Vorkaufkonferenz die Forderung der Wiedergutmachungskommission trotz deutschen Einspruchs als berechtigt anerkannt habe. Wir stehen also wieder einmal, so scheint es, vor einer vollendeten Tatsache.

Wollendet wenigstens insofern, als wir es wohl mit einem endgültigen Beschluß der Ententeherren zu tun haben. Unsere Regierung hat zwar abermals diplomatische Schritte gegen diese uns angekommene Barbarei unternommen, aber sie pflegt ja nun einmal in diesen Dingen kein Glück in Paris zu haben. Dagegen hat sich der Arbeiterschaft der beteiligten Unternehmungen eine starke Erregung bemächtigt, und sie scheint entschlossen zu sein, jeden Versuch der Zerstörung dieser Kraftmaschinen unbedingten Widerstand entgegenzusetzen. Die deutsche Öffentlichkeit ist leider zu spät mit dieser Angelegenheit befaßt worden; sonst wäre es ihr vielleicht hoch gelungen, das Gewissen der Nationen noch rechtzeitig wach zu rütteln. Um was handelt es sich denn? Wir haben bereits seit 1897 Dieselmotoren im Betrieb. Die Erfindung eines deutschen Ingenieurs, die, nachdem einmal ihre Verwendungsfähigkeit erprobt war, sehr rasch namentlich auch in Amerika Eingang gefunden hat. Bei bedeutender Kraftbegabung. Brennstoffersparnis bringt sie eine beträchtliche Erhöhung der Leistungsfähigkeit zustande. Kein Wunder also, daß unsere Industrie sich dieser Erfindung mit Wonne bemächtigte; und ebenso selbstverständlich war es, daß die Konstrukteure unserer Kriegsschiffe, besonders der Unterseeboote, sie in den Dienst der Fahrgeschwindigkeit stellten. In diesem Zusammenhang ist wohl in den Köpfen der Wiedergutmachungskommission die Vorstellung erwachsen, daß sie es hier mit einem leidhaftigen Gottfabelwesen zu tun habe, dem unter allen Umständen der Garaus gemacht werden müsse. Daß wir keine Unterseeboote mehr bauen dürfen, daß Zahl und Art unserer Kriegsschiffe in Zukunft genauer Kontrolle der Siegerstaaten unterliegen, genügt ihr nicht. Und daß die Verwendung dieser Motore für Kriegszwecke sich nur nebenher ergeben habe, daß ihre Hauptbedeutung in der Erleichterung und Bereicherung unserer industriellen Friedensarbeit liegt, das kümmert sie den Teufel. Sie besteht auf dem Schein, den sie zu besitzen glaubt und bildet sich noch etwas ein auf die Scheinlappen, die sie sich umgelegt hat. Sonst würde sie, vielleicht, bemerken, welche große Rolle diese Dieselmotoren bereits in der deutschen Industrie spielen. Daß wir ihrer nicht entbehren können, wenn unsere Energienotwendigkeit zur Erzeugung von Elektrizität, zur Erparung von Kohlen nicht ins Ungemessene erwachsen soll; daß Tausende von Arbeitern auf die Straße fliegen müssen, wenn wir wirklich gezwungen werden sollten, die deutsche Erfindung stillzulegen.

Aber auch von der unmittelbaren praktischen Wirkung dieses neuesten Ententeschlages abgesehen; ist es nicht eine ungeheuerliche, sondergleichen, eine Erfindung, auf die menschlicher forschender Geist mit Recht stolz sein könnte, einfach aus der Welt schaffen zu wollen, weil sie auf deutschem und nicht auf französischem oder britischem Boden gewachsen ist? Eine Geistesarbeit unterdrücken zu wollen, die den schaffenden Kräften auf der Erde neue ungeahnte Antriebe gab, wohl weil auch ihre Verwendung für kriegerische Zwecke möglich gewesen ist? Ist es nicht genug, daß uns so atomisch jede vorhandene Lebensmöglichkeit auf Schritt und Tritt unterbunden wird? Sollen und müssen wir es uns auch gefallen lassen, daß jeder geistige Ansat zu neuem Werden und Wachsen von vornherein von grausamen Händen gestört wird ohne Rücksicht darauf, daß dieser Fortschritt nicht nur dem wiedergeborenen Weltleben,

sondern auch den ach so stolzen Siegern Vorteil und Nutzen bringt? Hat man uns nicht wohlwollend auf die Rolle als Volk der Dichter und Denker verwiesen, die man uns nicht verfluchen wolle, während Politik und materieller Reichtum nur für andere Nationen vorhanden sein sollten — und jetzt soll auch deutsche Erfindung nur mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung des Völkerbundes gemacht und verwertet werden dürfen? Will man wirklich auch dem Blindeleuten bis zum Greifen deutlich machen, um welcher Güter willen der Weltkrieg geführt worden ist? Daß der machtvolle Aufschwung des deutschen Nationalen in allen Teilen der Erde den Engländern und Franzosen keine Ruhe gelassen hat? Und soll es denn gar kein Ende nehmen mit dieser Qual, daß wir getreten und immer wieder getreten werden, nur damit Herr Millerand mit seinem Durst nach Rache, mit seiner Wut gegen alles, was deutsch ist, gehdrig auf die Kosten kommt? Die Sinnlosigkeit dieses Vorgehens wetteifert hier mit seiner Willkür. Aber die Grenze des Erträglichen scheint uns nachgerade erreicht zu sein.

Im bayerischen Landtag liegt bereits eine geharnischte Anfrage an die Regierung vor, in der von den ungeheuren Gefahren dieser neuesten Helment der westlichen Kultur die Rede ist. Herr v. Rahr wird es hoffentlich bei dieser Gelegenheit nicht an echt bayerischer Deutlichkeit fehlen lassen.

## Einigungsverhandlungen in Berlin.

Berlin, 13. Oktober. Was der „Vorwärts“ im Reichsarbeitsministerium erzählt, haben die Bemühungen, die streikenden Parteien im Einigungsvertrage zu neuen Verhandlungen zusammenzuführen, den Erfolg gehabt, daß heute vormittags 10 Uhr eine Einigungsverhandlung stattfand, die in den Räumen des Reichsarbeitsministeriums in der Schopenhauerstraße tagt.

## Reichsregierung und Befolungsordnung.

Der Ernst der Finanzlage.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth hat sich in einem Schreiben an eine süddeutsche Zeitung über die gegenwärtige finanzpolitische Lage und über die Stellung der Reichsregierung zur Befolungsordnung und deren Verabschiedung geäußert, wobei er u. a. sagte: Es handelt sich bei meiner Stellungnahme zu weitergehenden Beamtenwünschen nicht darum, dieser oder jener Gruppe etwa aus Geschäftigkeitsgründen eine Höherstellung zuzubilligen oder zu versagen, sondern ich habe sowohl den einzelnen Ministerien gegenüber wie auch in der entscheidenden Sitzung der Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß es nach meiner Auffassung gänzlich unmöglich ist, im Hinblick auf den Ernst der Finanzlage des Reiches solche weitgehenden Umformungen der Befolungsordnung noch vorzunehmen, daß außer den schon jetzt erwachsenden Mehraufwendungen von 40 Millionen, die zu den Frühjahrsaufwendungen hinzukommen, noch eine weitere Milliarde hinzutreten würde. Man möge den Finanzminister juchen, der es wagt, an den Reichstag zu treten, um jetzt, nachdem die letzten Differenzen des Reichstages in der ungeheuerlichen Höhe von 87 Milliarden bekannt geworden sind, die Befolungsordnung des Reiches noch einmal umzubauen. Ich habe nie verkannt, daß selbstverständlich nicht alle Särten der Befolungsordnung nummehr ausgemerzt sind. Im Befolungsausfluß des Reichstages steht jetzt diese Angelegenheit zur Beratung; er hat jede einzelne Position zu prüfen und den Finanzminister und seine Mitarbeiter zur Rechenschaft zu ziehen. Jetzt liegt es bei den politischen Parteien, unter Erwägung der besorgniserregenden Finanzlage und unter Berücksichtigung der Gerechtigkeit das Best zum Abschluß zu bringen.

Der Minister erinnert an seine Mitteilungen, die er in einer der letzten Sitzungen des genannten Ausschusses gemacht hat, daß die Regierung für eine Befolungsordnung, die einen gänzlich neuen Aufbau bedeute, eine Verantwortung nicht übernehmen könne. Es handle sich nur noch darum, soweit als möglich in den Gehehnturfs Verabschiedungen hineinzubringen. Alle Forderungen auf Hebung verschiedener Beamtenklassen unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit zu prüfen, sei Sache des Ausschusses.

Dr. Wirth spricht die Hoffnung aus, daß es gelingen wird, die noch bestehenden Särten soweit als möglich auszugleichen und das Werk der Befolungsordnung und die ebenso schwierige Aufgabe der Einigung zum Abschluß zu bringen.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Internationaler politischer Generalkonstab.

In dem namens des Parteivorstandes erstatteten ausführlichen Bericht verurteilt der Berichterstatter Abg. Welschard die Politik der Linkradikalen als Kriegspolitik und fordert die Revision des Versailler Friedensvertrages nach sozialistischen Gesichtspunkten, sofortige Inangriffnahme und Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete, die Schaffung eines internationalen und politischen Generalkonstabes durch die Internationale und schließlich die sofortige Wiederaufnahme politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu Ausland. Sodann kommt er zur inneren Politik und wendet sich in scharfen Worten gegen die Deutsche Volkspartei, die nach der Gegnerschaft des Wahlkampfes die Mehrheitssozialisten immer wieder zur Mitarbeit einladen haben. Parteilos

staltet den Bericht über Organisation und Kasse, der feststellt, daß die Partei im vergangenen Jahre um etwa 15 % gewachsen sei. Die Zahl der Ortsvereine hat sich um etwa 40 % erhöht.

## Scheidemann gegen Cohen-Neuf.

In der dann einsetzenden Debatte ging Cohen-Neuf ausführlich auf die auswärtige Politik ein und wandte sich gegen die sogenannte englische Einstellung. Er beantwortete die Klagen über die allierten Besatzungsgruppen mit einem Hinweis auf unsere Befreiung französischer Gebiete 1871. Eduard Bernstein stimmte Cohen insofern zu, als auch er das Hauptgewicht auf ein gutes Verhältnis mit Frankreich legte. Die folgenden Redner wandten sich zum Teil mit ziemlicher Schärfe gegen diese Auffassung, der Scheidemann in seinem Schlusswort ebenfalls noch einmal energisch widerspricht.

## Für eine Einheitsrepublik.

Im weiteren Verlauf der Beratungen ging dem Parteitag folgende Entschliesung zu:

„Der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands und die Neuordnung des durch die Kriegsfolge aufs schwerste erschütterten Reichshaushalts sind nur unter Mitwirkung aller Volkskräfte in einem auf demokratischer Grundlage ruhenden, einheitlich geleiteten Staatswesen durchzuführen. Der Parteitag bekennt sich daher zur Forderung der einen und unteilbaren Deutschen Republik. Den nach dem Willen ihrer Bevölkerung in der Deutschen Republik auf Grund von Stammeseinheit oder wirtschaftlicher Zusammengehörigkeit zusammengefügten Ländern ist zur Ordnung ihrer eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Reichsverfassung volle Selbstverwaltung zu gewähren. Die auswärtige Politik ist ausschließlich Sache des Reiches. Der Parteitag verurteilt alle separatistischen Bestrebungen auf das schärfste und erwartet, daß die Arbeiterklasse in allen Teilen Deutschlands auch fernerhin bereit sein wird, die Einheit der Republik gegen jeden Absplitterungsversuch mit allen Mitteln zu verteidigen.“

## Für und gegen Moskau.

Spaltung der U. S. B. D. Niederrhein.

Zu einer Spaltung der U. S. B. D. Niederrhein kam es auf dem Düsseldorf Parteitag. Bei der Abstimmung über den Anschluß an die Dritte Internationale stimmten 181 Delegierte für, 56 gegen den Anschluß. Die Minderheit erklärte der, der den Anschluß befürwortete, als außerhalb der Partei stehend, zog in ein anderes Lokal und konstituierte sich als Parteitag der U. S. B. D. Die 87 000 Mitglieder zählende U. S. B. D. Niederrhein ist damit gespalten.

Auf dem deutschen Bezirkstag der U. S. B. in Meine wurde mit 34 gegen 8 Stimmen der sofortige Anschluß an die Dritte Internationale beschlossen. Ferner hat die Urabstimmung, die von 85 Ortsgruppen in Hannover stattgefunden hat, 2795 gegen 1063 Stimmen ebenfalls für den Anschluß an Moskau ergeben.

## Auftakt in Halle.

In Halle, dem diesjährigen Ort der Tagung der U. S. B. D., hielt bereits das Zentralkomitee der Partei zusammen mit Weirat und Kontrollkommission eine Sitzung ab, um die letzten Vorbereitungen für den Parteitag zu treffen. Nach vorläufigen Feststellungen sind bisher 220 Befürworter und 158 Gegner der Bedingungen als Delegierte anwesend. Von der Reichstagsfraktion sind etwa 60 Gegner der Bedingungen, der Rest Befürworter. Aus einer Anzahl Bezirke liegen Proteste vor; sie sind zum Teil damit begründet, daß keine Urwahl stattgefunden hat. Andere Bezirke führen Beschwerde, daß bei der Wahl der Delegierten das Verhältniswahlsystem nicht angewendet wurde.

## Russisch-polnischer Vorfriede.

Unabhängigkeit Weißrußlands und der Ukraine.

Aus Warschau wird gemeldet, daß nach längeren Verhandlungen in Riga nunmehr von den beiderseitigen Unterhändlern der Waffenstillstand und das Vorfriedensabkommen unterzeichnet wurde. Das Waffenstillstandsabkommen besagt u. a., daß die polnischen und russischen Truppen sich 15 Kilometer von der Demarkationslinie zurückziehen sollen. Die dadurch entstehende 30-Kilometer-Zone wird als neutral erklärt. Sofort nach dem Waffenstillstandsabkommen werden die Feindseligkeiten gegenseitig eingestellt. Der Waffenstillstand wurde für 21 Tage abgeschlossen. Sollte er bis zu dieser Zeit nicht gekündigt werden, dann läuft er automatisch bis zur Ratifizierung der Friedensverträge weiter. In dem Vorfriedensvertrag ist gesagt, daß beide vertragschließenden Parteien die Unabhängigkeit der Ukraine und Weißrußlands anerkennen.

## Russische Propaganda in Prag.

Prag, 13. Oktober. Am Montag fand einige Vertreter der russischen Fachorganisation in Prag eingetroffen. Ihr zu Ehren veranstaltete der Gewerkschaftsrat einen Abend, auf dem ein Russe betonte, das Proletariat dürfe sich heute nicht darauf beschränken, nur in den Grenzen seines Landes tätig zu sein. Nach Verurteilung der Amsterdamer Internationale machte er Propaganda für die Moskauer Internationale.

## Die Verbandsinteressen in Litauen.

Genf, 13. Oktober. Die Befehung von Wilna durch den polnischen General Szelogorski hat scheinbar in Paris unangenehm überrascht. Die Blätter halten die gegenwärtige Situation für ziemlich verwickelt, weil der Völkerbund hinsichtlich Litauens bereits Stellung genommen habe. — Im „Journal“ sagt Saint Brice: Wenn der Völkerbund nicht einschreite, zeige er vor aller Welt seine vollkommene Machtlosigkeit; andererseits sei nicht zu verstehen, wer die Rolle eines Gondarmen übernehmen soll. Es wäre der Gipfel, wenn man etwa Frankreich, das Polen soeben erst gerettet habe, diese Aufgabe übertragen wollte. — Im Abtrug hält es die Pariser Presse für richtig, Polen zur Mäßigung zu ermahnen, indem sie jedoch gleich zu verstehen gibt, daß Frankreich, was immer auch in Warschau beschlossen werden würde, keinen Finger rühren werde. Die englischen Vorschläge lauteten zuerst auf sofortige Abberufung aller Missionen in Warschau, doch gelang es der französischen Regierung mit ihrer Ansicht, daß die Schuld der polnischen Regierung an der Aktion noch nicht feststehe, in London durchzubringen.

## Die Vorkonferenz in Köln.

Frankreich verfehle Politik von Spa.  
Der englische Vorschlag, der Wiedergutmachungskonferenz in Genf eine Vorbesprechung in Köln voranzugehen zu lassen, scheint jetzt eine greifbare Form anzunehmen. Das englische Bureau Reuters meldet nämlich halbsamtlich, daß die durch Lord Derby übermittelten Vorschläge mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten Frankreichs, die Politik von Spa in Genf fortzusetzen, eine Vorkonferenz in Köln vorsehen, zu der auch deutsche Sachverständige zugezogen und in der die technischen Fragen geprüft werden sollen.

Einen anderen Vorschlag hat die belgische Regierung. Wie nämlich der Sonderberichterstatter des „Matin“ aus London berichtet, hat der belgische Ministerpräsident Delacroix Lloyd George den Vorschlag gemacht, in kürzester Frist in Brüssel eine Sachverständigenkonferenz, also gewissermaßen einen Wiedergutmachungsausschuß, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzurufen, um gemeinsam mit den interessierten Finanzministern die Entschädigungsfragen zu beraten. Der Vorschlag zu dieser Konferenz sollte alsbald auf einer gemeinsamen Konferenz der Regierungschefs beraten werden, um zu einem endgültigen Beschluß zu führen. Zu beiden Beratungen solle Deutschland eingeladen werden. Delacroix glaube, daß die englische und die französische Regierung seinen Vorschlag annehmen werden. Der Berichterstatter bemerkt jedoch, daß trotz dieser Lage die sachlichen Meinungsverschiedenheiten darüber fortbestehen, ob man zur Festsetzung einer Pauschalsumme gelangen oder die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme ohne Rücksicht auf die finanzielle und politische Möglichkeit festsetzen solle.

## Politische Rundschau.

### Deutsches Reich.

• Für die entlassenen Reichswehrsoldaten. 50 000 Reichswehrsoldaten mußten am 1. Oktober infolge Friedensvertrag aus der Reichswehr ausgeschieden. Leider hat diese Entlassung eine weitere Not mit sich gebracht, indem diese entlassenen Soldaten das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Unter den Entlassenen befinden sich alle Berufsgruppen, Kaufleute und Büropersonal, alle Arten Handwerker, landwirtschaftliche und ungelernete Arbeiter (Seizer und Maschinenisten). Bei den einzelnen Brigaden und Wehrkommandos sind ja nun Fürsorgestellen für Entlassene geschaffen worden, die einestheils die Gebührenansprüche der Leute regeln, andererseits den Leuten aber auch Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen.

• Neue Reichstagsvorlagen. Dem Reichstage werden in der nächsten Zeit eine Reihe von Vorlagen zugehen, die nach dem Wunsche der Reichsregierung möglichst bald verabschiedet werden sollen. Hierzu gehören folgende Vorlagen: Novelle zum Befolgungsgesetz, Entwurf über Ortsklasseneinteilung, Gehaltsvergesetz für die Ostseestaaten, Wehrgesetz, Militärdisziplinargesetz, Novellen über das Reichsnotopfer (Fristenverkürzung), Novellen über Entlassung Kriegsschädigter, Konjulgatsgebührgesetz, Entwürfe über die Reichspräsidentenwahl, über Volksentscheid, der Entwurf über den Obersten Staatsgerichtshof, Wirtschaftsabkommen mit Frankreich (Elsaß-Lothringen), Tschechien, Ungarn und Danzig.

• Verfassung und Neuwahl in Preußen. Die preußische Verfassungsvorlage wird vom Verfassungsausschuß der Landesversammlung unbedingt noch im Oktober fertig beraten werden, damit das Plenum die Vorlage spätestens Mitte November verabschieden kann. Mitte Februar können also, da auch die Wahlvorlage mit der Verfassung gleichzeitig beraten werden soll, Neuwahlen stattfinden.

• Rückkehr aller preußischen Beamten aus Polen. Die preußischen Beamten, die noch in Polen tätig sind, werden sämtlich bis Ende des Jahres aus Polen zurückkehren, da Polen unter Verletzung aller Abmachungen deutsche Beamte nur beschäftigt, wenn sie den polnischen Beamten eid sofort ablegen, der ihnen alle bisher erworbenen Rechte (Pension, Versorgung) nimmt. Die Zahl der auswandernden Deutschen aus Polen nimmt ständig zu.

• Eigenartige Beschlagnahme im Rheinland. Wie aus Frankfurt a. M. gemeldet wird, beschlagnahmte die französische Befehlsgewalt die Domäne Frauenstein bei Wiesbaden, ein großes landwirtschaftliches Unternehmen. Das gleiche Schicksal soll anderen großen Hofgütern in Hessen-Nassau drohen, so insbesondere dem 1400 Morgen umfassenden Wechthaler Hof bei Erbenheim-Hochheim, wodurch die Milchversorgung noch mehr verschlechtert werden würde.

• Die Waffenablieferung in Berlin. Im Landespolizeibezirk des bisherigen Groß-Berlin sind bisher an Waffen, Waffenteile und Munition abgeliefert worden: 34 500 Gewehre und Karabiner, 1064 Maschinengewehre und Maschinengewehrpistolen, 1960 000 Schuß Handwaffenmunition sowie fünf kleinere und mittlere Geschütze.

• Verhaftung des radikalen Rechtsanwalts Lamp. Der aus dem Weimarer Kommunistenprozeß bekannte ultraradikale Rechtsanwalt Lamp in Oberfeld ist wegen Dynamitvergehens verhaftet worden. Er soll mit der Sprengung eines Briefkastens in Verbindung stehen. Der Kommunist Schüller in Nemscheid ist erneut verhaftet worden.

## Ungarn.

• Ein Vertrag mit Frankreich ist von der ungarischen Regierung am 14. September unterzeichnet worden. In unterrichteten Kreisen heißt es, der Vertrag bestimme neben militärischen Zugeständnissen, daß die französische Bankgruppe Ungarn ein Darlehen von 300 Millionen Franc zu 6 % für 15 Jahre gewährt. Die Bankgruppe erhalte dagegen die Option, sämtliche ungarischen Staats- und Privatbahnen auf 20 Jahre zu pachten, für welchen Zeitraum die ungarische Regierung auf die Ausübung der Hoheitsrechte auf die Bahnen verzichte.

## Großbritannien.

• Einreiseverbot für Mathenau. In London ist die sogenannte 2. Internationale Wirtschaftskonferenz eröffnet worden. Diese Konferenz bezweckt, die Mittel und Wege für eine Wiederherstellung in Europa zu studieren. Sie hat sich unter dem Titel konstituiert: „Nat zur Bekämpfung des Hungers.“ An dieser Konferenz wollte auch der bekannte deutsche Großindustrielle Dr. Walter Rathenau teilnehmen. Indessen hat ihm die englische Regierung ohne Angabe von Gründen die Einreiseerlaubnis verweigert.

## Verkauf des Grandenzer „Gesellige“.

• Bosen. Wie der „Kurier Boznaniski“ meldet, ist der seit 1807 in Grandenzer erscheinende „Gesellige“ an die polnische Bank Zwiastki Spolka Jarobskowch verkauft worden. Es wurde eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von zwanzig Millionen polnischen Mark gegründet. Dem Aufsichtsrat gehören der Direktor der Bank, Dr. English, sowie der Kurator der Bank, Adamski, an.

## Das zweifelhafte Ergebnis von Niga.

• Rotterdam. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ ist über die Erfolge der polnischen Diplomatie in Niga skeptisch gestimmt und meint, es müßte sich noch zeigen, ob der Endsieg nicht der bolschewistischen Diplomatie zufallen werde, die durch ihr weitgehendes Entgegenkommen den Polen Gebiete verschaffe, die infolge von Anträgen anderer Interessenten ein unsicherer Besitz bleiben würden, abgesehen von der Möglichkeit, daß die Moskauer Regierung, wenn sie erst Brangel erledigt habe, den ganzen Frieden von Niga als imperialistisch verlegne.

## Die Türkei in Bedrängnis.

• Paris. Die Savas aus Konstantinopel berichtet, sollen aus Mesopotamien schlechte Nachrichten vorliegen. Die Bolschewisten bedrohen das Land im Norden, während die türkischen Nationalisten es an seinen andern Grenzen angriffen.

## Der Nachteil der hohen Valuta.

• Basel. In letzter Zeit hat der Güterverkehr auf den Linien der schweizerischen Bundesbahnen einen auffälligen Rückgang genommen. Der deutsch-schweizerische Verkehr hat sehr nachgelassen, der italienisch-deutsche und deutsch-italienische Durchgangsverkehr ist nach dem Brenner abgelenkt worden. Die Ursache der Verkehrsabnahme liegt in dem ganz ungesunden Hochstand der schweizerischen Valuta. Der hohe Frankkurs verteuert die Frachten zu sehr.

## Deutschland und internationale Wirtschaftskonferenz.

• London. Auf der internationalen Wirtschaftskonferenz erklärte die deutsche Vertreterin Frau Krieger in einer Rede, die Preise der Rohstoffe seien im letzten Jahre in Deutschland mehr gestiegen als während des ganzen Krieges. Sie schilderte die Unterernährung und fragte, ob von einer so unterernährten Klasse wirtschaftliche Herstellung zu erwarten sei.

## Gegen das Einreiseverbot Mathenau's.

• London. Der Londoner Berichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zur Weigerung des Ministeriums des Innern, Walter Mathenau zur Teilnahme an der internationalen Wirtschaftskonferenz nach England zuzulassen, es sei äußerst rätselhaft, daß gerade Mathenau die Einreise verweigert wurde. Er weist darauf hin, daß Mathenau kein Bolschewist, sondern einer der Hauptwirtschaftspolitiker Deutschlands ist, so daß mehrere englische Geschäftsleute seiner Ankunft mit großem Interesse entgegensehen.

## Verschiedene Meldungen.

• Paris. Nach einer Brüsseler Meldung des „Matin“ betragen die Gesamtkosten der Brüsseler Finanzkonferenz 3 1/2 Millionen Franc.

• London. In Ranturf, Grafschaft Coik, wurde ein Militär-Lastkraftwagen durch Milchwagen, die einer über die Straße aufgefahren waren, aufgehalten und mit Maschinengewehrfeuer angegriffen. Ein Soldat wurde getötet, mehrere wurden verwundet.

• Paris. Wie verlautet, plant die französische Regierung eine Einschränkung des Fleischverbrauchs durch das Verbot, in öffentlichen Lokalen am Abend Fleischspeisen zu verabfolgen. Die Entscheidung werde der Ministerrat treffen.

• Moskau. Der Rat der Volkskommissare für Arbeit und nationale Verteilung hat eine Bekanntmachung erlassen, wonach alle Bürger Sowjetrußlands, die in den Jahren 1886, 1887 und 1888 geboren sind, mobilisiert werden.

## Welt- und Volkswirtschaft.

### Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gelucht.)

Währungspläne	12. 10.		11. 10.		Stant 1. S. 14
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland . . . Gulden	2080,40	2084,60	2047,95	2052,05	170 Mk.
Dänemark . . . Kronen	939,05	940,95	926,55	928,45	112 "
Schweden . . . Kronen	1318,65	1321,35	1303,65	1306,35	112 "
Norwegen . . . Kronen	924,03	925,95	914,05	915,95	112 "
Schweiz . . . Franc	—	—	1053,90	1056,10	72 "
Amerika . . . Dollar	66,93	67,07	65,63	65,82	4,40 "
England . . . Pfund	235,—	235,50	231,50	232,—	20,20 "
Frankreich . . . Franc	438,03	438,95	438,05	438,95	80 "
Belgien . . . Franc	464,50	465,50	459,50	460,50	80 "
Italien . . . Lire	264,70	265,30	264,70	265,30	80 "
Österreich . . . Kronen	24,47	24,53	23,97	24,03	85 "
Ungarn . . . Kronen	18,23	18,27	18,10	18,14	85 "
Tschechien . . . Kronen	83,—	83,20	82,90	83,10	85 "

• Berliner Produktivverkehr am 12. Oktober. Nichtamtlich sind folgende Preise in Berlin ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Speiseerbsen, Viktoriaerbsen 230—235 Mark, kleine gelbe und grüne 205—240 Mark, Futtererbsen 160—180 Mark, Beluschen 150—175 Mark, Ackerbohnen 160—180 Mark, Wicken 130—160 Mark, Lupinen —, Mark, Raps 415—420 Mark, Rübsen etwa 5—10 Mark darunter, Leinsaat 370—385 Mark, Mohu 500—560 Mark, Dotter —, Mark, Senfsaat 180—210 Mark, Hirse inländische —, Mark, Trochenschinkel 78—81 Mark, Torfmelasse 72—75 Mark, Häfelmelasse —, Mark, Sakerpalmelasse —, Mark, Bienenhon, lose 28—31 Mark, Kleeheu 37—42 Mark, Erboh, drahtgepreßt 22—24,50 Mark, geblüht 19.— bis 21.— Mark, Mais loco Sambura

— Markt, November-Dezember — Markt, Reis, Brasil, voll 8,85 Mark, Burmarreis, loco 10.— bis 10,20 Mark, Serrabella alte 75 bis 80 Mark.

• Drohende Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Fleisch. Die Freigabe der Fleischbewirtschaftung hat einen Fleischaufrub auf allen Schlachthöfen herbeigeführt, der nach Meinung der zuständigen Reichsressorts im Winter zu Schwierigkeiten führen wird. Die Landwirte haben aus Konjunkturgründen und vielfach auch wegen Futtermangel große Bestände ihres Viehes verkauft, so daß in Deutschland zurzeit Fleischüberfluß herrscht. Dieser Zustand dürfte aber kaum längere Zeit andauern und bereits in wenigen Wochen wird sich Fleischmangel bemerkbar machen. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Zwangswirtschaft für Fleisch wieder eingeführt werden muß. Durch den augenblicklichen Fleischüberfluß sind die Preise für Fische bedeutend gesunken.

• Erhöhung der Margarinepreise. Das Reichsernährungsministerium hat den Reichsausschuß für Die und Fette angewiesen, die Kohstoffpreise für die Industrie von 22,60 Mark auf 26,20 Mark pro Kilo zu erhöhen. Die Margarinepreise im Kleinhandel werden infolgedessen von 12,50 Mark auf 14,50 Mark erhöht werden. Die Maßnahme des Ernährungsministeriums soll dadurch nötig geworden sein, daß das Reichsernährungsministerium in der Zeit des Hochstandes der deutschen Mark ein Einfuhrverbot für Die und Kohstoffe erlassen hatte und erst jetzt den Reichsausschuß angewiesen hat, größere Einkäufe in die Wege zu leiten.

• Gefährdung des deutsch-holländischen Kreditabkommens. Wie aus Holland gemeldet wird, ist bezüglich des deutsch-holländischen Kreditvertrages eine neue Schwierigkeit eingetreten. Bekanntlich wird in dem Vertrage einer deutschen Bergwerksgesellschaft das Recht zugesichert, Steinkohlen gegen Zahlung der halben Ausführprämie auszuführen. Frankreich sieht darin eine Begünstigungsklausel, welche nach dem Vertrage von Versailles, wenn sie zur Anwendung kommen würde, auch den französischen Interessenten zugestanden werden müßte. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ glaubt zu wissen, daß man sich in holländischen Kreisen der Hoffnung hingibt, daß für diese Frage eine befriedigende Lösung gefunden wird.

• Preisrückgang in Amerika. Nach einer Meldung aus Newyork ist in Amerika in den nächsten zehn Monaten mit einem Preisrückgang der Nahrungsmittel um 33 % zu rechnen. Dieser Rückgang erkläre sich aus der guten diesjährigen Ernte.

• Der Bankrott in Cuba. Nach einer Meldung aus Havana hat die Regierung infolge der augenblicklichen Finanzkrise die Einstellung aller Zahlungen für 50 Tage verfügt. Die Banken zahlen nur 10 % der Kontokorrent Guthaben aus. Die Maßnahme soll sehr günstig aufgenommen worden sein.

• Halle a. S. (Wilder Streik auf Braunkohlengruben.) Auf den bei Dörrbling gelegenen Braunkohlenwerken der Niedersächsischen Montanwerke ist ein wilder Streik ausgebrochen, an dem etwa 15 000 Bergarbeiter beteiligt sind. Die Leute fordern unter anderm die sofortige Überlassung von zwei Morgen Ackerland an jeden verheirateten Bergmann. Die Gewerkschaften und die Bergarbeiterverbände haben mit dem Streik nichts zu tun.

## Der Gemeindearbeiterstreik.

Ueber den Stand der Lage im Gemeindearbeiterstreik in Sachsen liegen zusammenfassend folgende Meldungen vor:

In Leipzig wollen heute die Arbeiter in den Abwehrstreik treten, falls der Begriff Notstandsarbeiten seitens der Streikenden nicht erweitert wird. Verhandlungen darüber schweben bereits. Gegebenenfalls muß dort mit dem Einsetzen der Technischen Nothilfe gerechnet werden. — In Chemnitz wurde gestern auf Anfordern der Stadt die Technische Nothilfe alarmiert, aber noch nicht eingesetzt, da die Stadtverwaltung nochmals in Verhandlung eintrat mit der Streikleitung, die sich allerdings bereit erklärte, den Strom für die Wasserpumpen zu liefern, mehr aber nicht. Infolgedessen verharren die Kerze im Abwehrstreik; bringende Fälle werden selbstverständlich nach wie vor behandelt. — In Zwickau ist gestern nachmittag auf Verlangen der Stadtverwaltung die Technische Nothilfe im dortigen Gaswerk eingesetzt worden, die selbstredend nur die dringendsten Notstandsarbeiten leisten wird; eine produktive Abgabe an die Bevölkerung findet nicht statt. — In Plauen wird seit gestern vormittag 7 Uhr gestreikt. Post, Telegraphen, Bahnhöfe und Krankenhäuser (aber nicht die Privatkliniken) werden mit Strom beliefert. In der Gasanstalt wird nur Erhaltungsarbeit geleistet; die Wasserbelleferung ist in Ordnung. — Für Ramenz und für Dschah steht heute Mittwoch ein Streik bevor, der jedenfalls das Einsetzen der Technischen Nothilfe notwendig machen wird. — In Döbeln ist alles ruhig. — Die Arbeiter der Gasanstalt Mittweida erklärten sich gegen den Streik.

### Die Lage in Dresden

war am Dienstag nachmittag folgende: Durch den Streik in den Elektrizität- und Gaswerken sind die Straßenbahnen, zahlreiche Fabriken und sonstige Betriebe, Zeitungen und fast jeder einzelne Haushalt in Mitteldenshaft gezogen worden. — Im Laufe des Montags haben zwischen den Vertretern des Rates und der örtlichen Streikleitung unter Mitwirkung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Verhandlungen stattgefunden, in denen die städtischen Arbeiter zur Vermeidung des Eingreifens der Technischen Nothilfe die sogenannten Notstandsarbeiten auszuführen übernommen haben. Dabei ist die Versorgung der Krankenanstalten, der Brotfabriken, Markthallen und des Vieh- und Schlachthofes mit elektrischer Kraft sichergestellt werden. Ebenso werden die Alarmvorrichtungen der Feuerwehr mit Strom versorgt. Die elektrische Straßenbeleuchtung ist etwa ein Drittel der Normalbeleuchtung in Betrieb gelassen worden, worauf im Interesse der Sicherheit und Ordnung besonders gedungen wurde. Leider ist es vor Abschluß der Verhandlungen zu Sabotageakten seitens der Streikenden in den Werkstoffwerken und im Kabelnetz gekommen. Die Bevölkerung muß damit rechnen, auch weiterhin längere Zeit ohne elektrischen Strom und ohne Gas zu bleiben. Während Dresden bis jetzt von Streiks in den Gemeindebetrieben verschont geblieben ist, haben andere Städte solche

zum Teil wiederholt erlebt, so namentlich Berlin und Leipzig, das mehrere Wochen ohne Elektrizität und Gas geblieben ist. In Hannover streikt die Straßenbahn seit 9 Wochen. Es läßt sich noch kein Ende des Streiks absehen. Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden hatte unter der Bedingung, daß der Streik vermieden werde, in der Verhandlung vor dem Arbeitsministerium eine Lohnerhöhung für die verheirateten Arbeiter der Datsklasse A und eine Steigerung der Kinderzulagen in Aussicht gestellt. Daß die Gemeinden damit bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind, geht schon daraus hervor, daß der unter einem unparteiischen Vorsitzenden tagende Schlichtungsausschuß lediglich die Erhöhung der Kinderzulagen der Arbeiterschaft zugesprochen, dagegen die Lohnforderungen der Arbeiter und auch die zur Vermeidung des Streikes angebotene Lohnerhöhung abgelehnt hat.

## Dresden im Dunkeln.

Seit gestern Abend 6 Uhr blieb in manchen Stadtteilen Dresdens auch der in den britischen Verhandlungen mit dem Oberbürgermeister Wühler im Hinblick auf die drohende Explosionsgefahr zugestandene verringerte Gasdruck ganz aus. Die Lampen erloschen mit dem Schlag 6 Uhr. Dresden war in den Vorstädten auch ohne Straßenbeleuchtung. In der inneren Stadt, wozu das Hauptrohr der Gasanstalt mündet, ermöglichte nur noch ein ganz schwacher Gasdruck eine völlig unzulängliche Beleuchtung.

### Die „Dresdner Volkszeitung“ gegen den Streik.

Der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden stellt gegenüber den Forderungen der streikenden Gemeindegewerkschaften fest, daß die Gemeindegewerkschaften schon jetzt den entsprechenden Staatsarbeitern in ihrem Einkommen gleichkommen und die in der Privatindustrie tätigen Arbeiter übertreffen. Bei dieser Sachlage erscheint eine Erhöhung der Löhne, zumal in der Zeit, wo alle Instanzen sich bemühen, die Frage des Preisabbaues einer Lösung zuzuführen, mit den Interessen der Allgemeinheit nicht vereinbar.

Zu dieser Darstellung nimmt die sozialdemokratische „Dresdner Volkszeitung“ in sehr bemerkenswerter Weise Stellung, aus der hervorgeht, daß der Streik der Gemeindegewerkschaften auch in den Kreisen der Sozialdemokratie entschiedene Ablehnung erfährt. Das Blatt schreibt, daß es die oben wiedergegebene Darstellung des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden auf Grund eigener Kenntnisse und nach Prüfung der Verhältnisse nur bestätigen könne und führt dann weiter aus, daß die Feststellung des Sachverhaltes jedem, der die Wirkungen des Gemeindegewerkschaftsstreikes noch nicht am eigenen Leibe, in seinem Haushalt, auf der Straße oder an seiner Arbeitsstelle zu spüren bekommen haben sollte, auffällig sein muß, wie schwer durch die Arbeiterruhe der Gemeindegewerkschaft die gesamte Einwohnerschaft in Mitleidenschaft gezogen worden ist.

Der Draht meldet uns noch:

## Berücksichtigung im sächsischen Gemeindegewerkschaftsstreik.

Der Bürgerausschuß in Leipzig und die Ärzteschaft sind an den Rat der Stadt Leipzig herantreten und haben das Einsetzen der Technischen Nothilfe verlangt. Heute nachmittag findet in dieser Angelegenheit eine Sitzung statt. Der Rat hat bisher vom Einsetzen der Technischen Nothilfe abgesehen, da er ernsthafte Anzeichen befürchtet. Außerdem hielt er sich nicht für befugt, selbstständig ohne Einverständnis mit den anderen Städten und Gemeinden Sachsens zu handeln. Die Arbeiter verrichten die Nothstandsarbeiten nicht in dem Maße, wie sie es versprochen haben. Gas und elektrisches Licht werden nicht abgegeben. Krankenhäuser werden nur teilweise beliefert. In den übrigen Städten ist die Lage ungefähr die gleiche.

Auch in Dresden scheint sich die Situation zu verschärfen. Sollte sie kritisch werden, so ist der Oberbürgermeister nach Rücksprache mit der Regierung bereit, die Technische Nothilfe einzusetzen.

In Chemnitz fand heute vormittag ebenfalls eine Besprechung zwischen einer Deputation der Ärzteschaft und dem Stadtrat statt, da eine bessere Ausführung der Nothstandsarbeiten gefordert wird. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

## Nah und Fern.

**Verfeinerung einer berühmten Münzensammlung.** Eine der größten und wichtigsten Sammlungen von mittelalterlichen Münzen, die des bekannten Numismatikers Dr. Emil Bahrfeldt, wird demnächst verfeinert werden. Die Sammlung gewährt einen vorzüglichen Überblick über das gesamte mittelalterliche Münzgebiet, vor allem Deutschlands.

**Falschlich totgesetzt.** Die Nachricht vom Ableben des Berliner Sexualpsychologen Dr. Magnus Hirschfeld ist, wie aus München gemeldet wird, un wahr. Dr. Hirschfeld ist schon am 6. Oktober aus der Klinik entlassen worden, da sich seine Verwundung als un erheblich gezeitigt hat.

**Absturz eines Flugzeuges.** Ein Flugzeug der Deutschen Flugzeugwerke startete in Frankfurt a. M. mit einem Passagier und einem Hilfsmonteur unter Leitung des Flugzeugführers Graf nach Leipzig. Das Flugzeug war bereits über dem Stadtwald angelangt, als die Benzolzufuhr versagte. Graf hatte jedoch die Geistesgegenwart, das Flugzeug auf die Krone eines großen Baumes fallen zu lassen, wobei es stark beschädigt wurde. Die Insassen gelangten jedoch sämtlich unverletzt auf den Boden.

**Lebensmittellieferungen in Braunschweig.** Mehrere tausend Arbeiter und Angestellte veranstalteten in Braunschweig eine Kundgebung gegen die Kartoffelnot und gegen die Wucherpreise. Eine Abordnung begab sich zum Ernährungsminister und erklärte, daß die arbeitende Bevölkerung Braunschweigs, wenn sie nicht zu erschwinglichen Preisen mit den nötigen Kartoffeln versorgt werde, zur Selbsthilfe greifen und sich die Kartoffeln zu angemessenen Preisen mit Gewalt verschaffen werde. Der Minister versprach, einen dringenden Appell an die Kartoffelproduzenten zu richten und nochmals bei der Reichsregierung vorstellig zu werden. Vorläufig haben sich die Demonstranten mit dieser Antwort des Ministers zufrieden gegeben und von weiteren Maßnahmen Abstand genommen.

**Ein Millionenbetrug.** Aus Frankfurt a. M. wird berichtet: Der 21jährige Bankangestellte Lehner, in dessen Koffer man über drei Millionen Papiergeld, sowie

mehrere Kilo Feingold und wertvolle Brillanten fand, und der vor einigen Tagen festgenommen wurde, hat durch Buchfälschungen von großen Kunden mit Millionenumfassen sich große Summen aneignen vermocht, von denen er noch verhältnismäßig wenig ausgegeben hatte. Die Untersuchung muß noch ergeben, auf welche Weise Lehner in den Besitz des Feingoldes gelangt ist.

**Die Urchrift der Bannbulle gegen Luther entdeckt.** Im württembergischen Staatsarchiv ist die einzig erhaltene Urchrift der Bannbulle gegen Luther vom Jahre 1520 entdeckt worden. Von dieser Schrift hat es nur drei Ausfertigungen gegeben, zwei hat Dr. Johannes Eck nach Deutschland gebracht, die dritte ist an Kaiser Karl V. nach Spanien gesandt worden. Die Urchrift soll jetzt veröffentlicht werden.

**Absturz auf der Nagalp.** Auf der Nagalp sind zwei Touristen, der Beamte des Bankvereins Emil Bauer und ein Hausbesorger Sohn, 40 Meter tief abgestürzt und tot liegen geblieben.

**Die Vereinigten Staaten von Kolumbus.** Anlässlich des Jahrestages der Entdeckung von Amerika begab sich auf Anregung der Gesellschaft für lateinische Propaganda ein gewaltiger Zug nach dem Monte Pincio in Rom, um an der Kolumbusstatue einen Kranz niederzuliegen. In die lateinische Bevölkerung Amerikas wurde eine Volksschaft gerichtet, in der der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Jahrestag der Entdeckung Amerikas zum Nationalfeiertag der lateinischen Bevölkerung erhoben werde, und daß alle Lateiner Amerikas sich zusammenschließen zur Bildung der „Vereinigten Staaten von Kolumbus“.

**Bombenfund im Genfer See.** Die Genfer Postzeitung hat im Genfer See etwa 40 Bomben von großer Explosionskraft, die in einer Tiefe von 20 Metern versenkt waren, gefunden. Es wurde sofort eine Untersuchung eröffnet. Die Nachforschungen haben ergeben, daß diese Bomben von schweizerischen und italienischen Revolutionären versenkt worden waren.

**Die Überschwemmungen in Südfrankreich.** Man befürchtet ernste Schäden infolge der andauernden Regenfälle in Frankreich. Das steigende Wasser überschwemmte verschiedene Dörfer. Bäume und Tiere werden von den reißenden Strömen mitgeführt. Caronne, Tarn und Lot steigen noch höher. Auch bei Marseille und Nizza haben Überschwemmungen stattgefunden, wobei zwei Menschen den Tod fanden.

## Aus Stadt und Land.

Merktblatt für den 14. Oktober.

Sonnenaufgang	6 <sup>20</sup>	Mondaufgang	6 <sup>05</sup> U.
Sonnenuntergang	5 <sup>09</sup>	Mondundergang	6 <sup>14</sup> U.
1818 Beginn der Schlacht bei Leipzig. — 1820 Rechtsgelehrter Franz v. Holtendorff geb. — 1915 Kriegserklärung Bulgariens an Serbien.			

### Wettervorausage.

Keine wesentliche Aenderung, etwas wärmer.

Devisenkurs Prag vom 12. Oktober 1920:

G.: 88,00 — B.: 83,20

(Mitgeteilt von der Dresdner Bank Zwickauer Zweigstelle.)

**Die Weiße des Ehrenmals für die gefallenen Bergsteiger** auf dem Gipfel der „Hohen Liebe“ im Schrammsteingebiet wird am Sonntag, vormittags 11 Uhr, vor sich gehen. Die Teilnehmer an der Feier versammeln sich vormittags 10 Uhr in der Drauer Schelbe.

**Vortrag im Gewerbeverein.** Morgen Donnerstag hält Professor Dr. Kraus vom deutschen Forschungsinstitut für Textilindustrie in Dresden einen durch reiches Anschauungsmaterial unterstützten Vortrag über „Webstoffe im Haushalt“. Er wird dabei auch deren Bedeutung in der Volks- und Weltwirtschaft eingehend erörtern.

**Volksversammlung.** Sonnabend, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet in Hegenbarths Sälen eine große Volksversammlung statt, in der der Volkskammerabgeordnete Arzt über das Thema „Die politische Lage (in Verbindung mit der Frage ob Genf oder Moskau)“ sprechen wird. Arzt gilt — nebenbei erwähnt — als einer der beständigsten Sozialdemokraten auf dem Gebiete der Schulreform und besitzt eine ausgezeichnete Rednergabe.

**Das „Weiße Kreuz“** veranstaltet am Sonnabend, abends 8 Uhr, eine Aufklärungsversammlung für die Männerwelt im „Lindenhof“. Dr. med. Blüsching spricht über „Das Wichtigste aus der Geschlechtsfrage von heute“. Aus berufenem Munde über dieses hochaktuelle Thema zu hören, ist für jeden Mann von größter Bedeutung. Allerdings ist Aufklärung in solchen Fragen auch für das weibliche Geschlecht sehr notwendig und ist zu hoffen, daß für dieses ebenfalls derartige Vorträge gehalten werden. Um das vertrauensvoll zu ermöglichen, wäre es vielleicht ratsam, wenn solche Vorträge von einer Ärztin gehalten würden.

**Die Leitung der U.-L.-Lichtspiele** hat für Freitag und Sonntag unter großen Kosten den prächtigen Sensationsfilm „Prinz Ruckuck“ zur Aufführung für Bad Schandau erworben. Die Hauptrollen liegen in den Händen bewährter Künstler wie Conrad Weidt, Marg. Gilstorf, Paul Biensfeldt und der Damen Hama Ralph, Marg. Kupfer, Olga Limburg, Toni Zimmerer. Der Inhalt ist nach dem vielbesprochenen Roman von Otto Julius Bierbaum frei bearbeitet. Die nicht einwandfreien Gegebenheiten des Romans sind gestrichen worden, und so bietet das Stück eine Fülle interessanter und fesselnder Momente. — Am Sonntag, nachmittags 3 Uhr, ist Kindervorstellung. 1. Platz 1 M., 2. Platz 50 Pf.

**Schmuggelware.** Gestern mittag sollten auf dem hiesigen Bahnhofe einige von Sebnitz kommende, des Schmuggels verdächtige Personen verhaftet werden. Während die Waren, ein Rucksack mit 30 Pfund Wurst und ein Karton, enthaltend eine Flasche Rum, im Sebnitzer Zuge gefunden wurden, konnten die Bestizer derselben mit dem Dresdner Zug entweichen. Die Waren wurden beschlagnahmt und dem hiesigen Hauptzollamt zugeführt.

**Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt.** Montag, den 18. d. M., tritt ein neuer Fahrplan der Sächsisch-Böhmischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft in Kraft. Die Fahrten sind der jetzigen vorgeschrittenen Jahreszeit angepaßt. An den Bahn- und Dampferstationen, in den Gasthäusern usw. sind die Fahrpläne veröffentlicht worden, so daß jedermann Ge-

legenheit hat, sich über die Fahrzeiten zu unterrichten. Monatskarten, Festfahrtscheine, Rückfahrkarten gelangen auch ferner zur Ausgabe. Frachttarife werden an allen Stationen angenommen und finden schnellste Beförderung.

**Landesspende für Notleidende.** Vom Landeskulturrat wird uns geschrieben: Die teilweise recht stürmischen Verhandlungen in den einzelnen Kommunalbezirken, in denen Erwerbslose die Landwirte nötigen, zu billigen Preisen Kartoffeln für den Bezirk abzugeben, beeinträchtigen naturgemäß die Landesspende, die zugunsten insbesondere der Notleidenden in den Großstädten und in den Industriezentren in die Wege geleitet ist. Auf dem Lande ist die Not der Kartoffelversorgung viel geringer wie in der Stadt. Es muß daher alles geschehen, daß die Maßnahmen der einzelnen Bezirke nicht das große Ganze schädigen. Durch die Kommunalverbände sind an jeden Gemeindevorstand für die Landesspende Einzelnungslisten ausgeschickt, die baldigst auszufüllen und an die angegebenen Stellen einzusenden sind. Viele Landwirte haben ihre Kartoffeln schon vollständig vergeben, so daß sie sich an der großzügig eingeleiteten Landesspende nicht beteiligen können. Dafür haben Landwirte vielfach schon von dem höheren Erlös, den sie erzielt haben, einen Geldbetrag der Landesspende zugeführt. — Es ist dringend zu wünschen, daß dem gegebenen Beispiel überall entsprochen wird. Die an die Gemeindevorstände von den Kommunalverbänden ausgesandten Listen geben die beste Gelegenheit, auch die Barbeträge zu zeichnen, die die einzelnen Landwirte für den wohlthätigen Zweck zugunsten der Notleidenden gewähren.

**Sachsens Anteil am Fehlbetrag der Reichseisenbahn.** Nach dem Uebergang der sächsischen Eisenbahnen auf das Reich läßt sich das Defizit der Eisenbahnen ziffernmäßig genau nicht feststellen, da eine eigene Abrechnung bei der Landesstelle nicht mehr vorgenommen wird. Wenn aber das Defizit für das gesamte Reich mit ungefähr 15 Milliarden angegeben wird, so dürfte sich der Fehlbetrag im Bereiche der Eisenbahnen in Sachsen schätzungsweise auf ungefähr 800 Millionen Mark belaufen. Unter dem alten Regime brachten bekanntlich die sächsischen Staatseisenbahnen zuletzt noch 64 Millionen Mark Ueberschuß im Jahre.

**Falscher Bericht eines sächsischen Amtshauptmanns** über Lebensmittelfragen. Aus dem Wirtschaftsministerium wird uns geschrieben: Die Mitteilungen, die Amtshauptmann Dr. Schelcher in einer Sitzung des Bezirksausschusses in Auerbach über die angeblichen Verluste des sächsischen Staates beim Absatz von Lebensmitteln und insbesondere von Suppen gemacht hat, sind unzutreffend. Seine Angaben beruhen auf dem Ergebnis einer lediglich vorläufigen Schätzung zur Gewinnung einer Uebersicht, die das Landeslebensmittellamt unter Zuziehung aller beteiligten Kreise zu der Zeit, als erhebliche Preisenkungen auf dem Lebensmittelmarkt einsetzten, gemacht hatte. In welcher Höhe sich die Verluste bewegen, steht heute überhaupt noch nicht fest. Angesichts der inzwischen eingetretenen veränderten Verhältnisse kann man indessen mit Bestimmtheit so viel sagen, daß die damals als äußerste Grenze angenommene Höhe der Verluste auch nicht annähernd erreicht werden wird. Beim Absatz der Suppen, der angeblich einen Verlust von 14 Millionen Mark gebracht haben soll, ist überhaupt kein Verlust eingetreten. Im übrigen hat das Landeslebensmittellamt mit der Möglichkeit einzelner Verluste beim Einkauf von Waren immer rechnen müssen. Es war gleichwohl verpflichtet, für etwaige Zeiten der Not die notwendigen Vorkehrungen zu treffen und dabei auch notgedrungen den Eintritt finanzieller Einbußen mit in Kauf zu nehmen.

**Kartoffelschiebungen — Chemnitzer Behörden.** Ende voriger Woche gingen im Erzgebirge Gerüchte über eine geplante Kartoffelschiebung in großem Umfange nach der Tschechei um, die von der amtlichen Kartoffelversorgungsstelle der Stadt Chemnitz in die Wege geleitet sein sollte. Wie wir an der zuständigen Dresdner Regierungsstelle erfahren, handelt es sich in diesem Falle um nicht weniger als 20 Waggonladungen, und es wird behauptet, daß es kurz vorher auf demselben Wege gelungen sein soll, 13 Wagenladungen Kartoffeln nach der Tschecho-Slowakei zu verschleusen. Man muß bei dieser Gelegenheit sich vergegenwärtigen, daß die Stadtverwaltung von Chemnitz unter sozialistischer Mehrheit steht und daß die Ueberwachungs-ausschüsse bekanntlich vom sächsischen Wirtschaftsminister Schwarz ausschließlich mit sozialistischen Parteifunktionären besetzt worden sind. Man wird zunächst abzuwarten haben, was die für diese Schiebungen verantwortlichen Instanzen zur Aufklärung werden anzuführen versuchen. Ganz abgesehen davon, daß eine Schiebung solchen Umfanges nicht bewerkstelligt werden konnte, ohne daß gegen die bestehenden Ausfuhr- und strafrechtlichen Bestimmungen verstoßen werden mußte, kann man sich der Tatsache nicht verschließen, daß hier nichts weniger als ein außerordentlich wirksames Mittel zur Sabotage der freigegebenen Kartoffelwirtschaft vorliegt. Soweit bis jetzt bekannt geworden ist, handelt es sich um 38 Eisenbahnwagenladungen, also rund 10 000 Zentner. Wenn solche Mengen sogar im Auftrage und unter Leitung der zur Ueberwachung der Lebensmittelversorgung angelegten amtlichen Stellen nach dem Auslande geleitet werden, dann muß das selbstverständlich in einem Zufußlande, wie es Sachsen darstellt, dazu führen, daß die vorhandenen Kartoffeln bei weitem nicht zur völligen Versorgung der eigenen Bevölkerung ausreichen, und dann müssen sich Notstände herausbilden, die scheinbar einen Beweis dafür liefern, daß die Aufhebung der Kartoffelzwangswirtschaft eine Fehlmahnahme war. Ob es denen, die die Verantwortung für die zunächst noch geradezu unglaublich klingenden Kartoffelschiebungen zu tragen haben, auf eine solche Beweisführung ankommt, wird ja die nun eingeleitete Untersuchung ergeben.

**Die Bautätigkeit in Sachsen im August 1920.** Im Monat August wurden in Sachsen nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes für Neubauten mit Wohnungen 119 Baugenehmigungen (gegen 69 im Juli) erteilt, und zwar in den Kreishauptmannschaften Bautzen 5, Chemnitz 13, Dresden 20, Leipzig 42 und Zwickau 39.

\* Fremdenkontrolle in Tschechien. Wie der Prager „Ceske Slovo“ erfährt, wird mit sofortiger Wirkung eine Kontrolle aller Fremden in der Tschecho-Slowakei eingeführt.

**Hohnstein.** Im Monat September wurden bei hiesiger Sparkasse 38 926 Mk. ein- und zurückgezahlt. Die Girokassa überwies nach auswärts 284 732 Mk., während die Zuweisungen von auswärts 205 460 Mk. betragen. Die Schulsparkasse buchte im gleichen Zeitraum 1 107,90 Mk. an Einlagen. Damit stieg das Guthaben der 197 Kinder auf 17 090 Mk.; auf ein Kind entfallen im Durchschnitt 86,75 Mk.

**Rönitz.** In der Hiltner Papierfabrik erlitt der Geizer Schwarzbrunn dadurch mehrere Brandwunden, daß die Flammen der Kesselfeuerung plötzlich auf ihn zurückschlugen. Der Bedauernswerte mußte ins hiesige Krankenhaus gebracht werden.

**Rönitz.** Auf dem hiesigen Postamt gelang es, in dem Postunterbeamten F. einen Dieb zu ermitteln, der schon seit längerer Zeit das Vertrauen, das in seine Stellung gesetzt wird, mißbrauchte. Dieser Tage stahl er wiederum ein wertvolles Paket. Der Adressat war vorher von der Ankunft desselben durch das Postamt unterrichtet worden. Eine Hausdurchsuchung bei F. förderte die Rechnung über den Paketinhalt zutage. Der ungetreue Beamte wurde sofort aus dem Dienst entlassen und steht außerdem seiner Bestrafung entgegen.

**Sittin b. Rönitz.** Der Gutsbesitzer D. aus Struppen fuhr vorgestern abend mit einem mit Weizen und Kartoffeln beladenen Wagen den Eselsweg herein. Das Schleifzeug zerriß, und der Wagen schnellte den Weg hinunter, so daß die Pferde zu Fall kamen. Das eine mußte abgestochen werden. Der Weizen wurde, weil es sich um Schleifhandelsware handelt, beschlagnahmt. D. hat also außer dem Verluste des Pferdes auch noch eine Strafe zu gewärtigen.

#### Amtlicher Teil.

### Wegen Reinigung

bleiben die  
**Geschäftsräume des unterzeichneten Stadtrats**  
einschließlich sämtlicher Kassen  
**Montag und Dienstag, den 18. und 19. d. M.,**  
geschlossen.

Bei dem Standesamte werden an beiden Tagen vormittags von 11—12 Uhr Anmeldungen von Geburten und Sterbefällen entgegengenommen werden.

Bad Schandau, am 13. Oktober 1920.

Der Stadtrat.

### Fleischversorgung.

Den Fleischern des Bezirks wird anheimgegeben, etwaige Nachträge zu den Kundenlisten zum Bezuge von Auslandsfleisch bis zum 15. Oktober 1920 hierher einzureichen.

Später eingehende Meldungen können nicht berücksichtigt werden.

Pirna, am 12. Oktober 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

#### Nichtamtlicher Teil.

Beginn unserer **Freitag,**  
**Übungs-Abende** b. 15. Okt.,  
abds. 8 Uhr  
im Fremdenheim „Elysium“, Badallee.

**Anfängerkursus f. Damen u. Herren**  
(begabte Schüler des leht. Schulj. jugel.). Anmelde. daselbst bei Beginn.  
**Wiederholungs- u. Fortb.-Kursus,**  
ebenfalls für Damen und Herren. — Zu reger Beteiligung ladet ein  
Gabelsberger Stenographen-Verein Schandau.

### Eröffnungs-Anzeige

Erlaube mir, hiermit anzuzeigen, daß ich am 11. Okt.  
**meine Dresdner Zahnpraxis**

nach  
**Schöna, Bahnhofs-Hotel,**  
**I. Treppe,**

verlegt habe. Gestützt auf meine 28jährige Fachtätigkeit in Berlin und Dresden als I. Techniker und als mehrjähriger I. Assistent an der Ostfront, bin ich in der Lage, den weitgehendsten Ansprüchen gerecht zu werden.

**Spezialist in Goldkronen, Stütz-zähnen,**  
**Goldbrücken, plattenlosem Zahnersatz.**

Gebisse in Gold, Aluminium, Kautschuk.  
Plomben in Gold, Silber, Porzellan usw.

Zahnregulierung. Umarb. schlechtsitz. Gebisse.  
Möglichst schmerzlose Behandlung.

Sprechzeit:  
Jeden Montag u. Freitag von 1/2 9—4 Uhr.

**RUDOLF FOHLA, Dentist,**  
Bahnhofs-Hotel Schöna.

Tischlermeister Richard Fleischer, Krippen

erhielt  
**Telephonanschluß unter Nr. 154.**

Bitte davon Kenntnis zu nehmen.

**Pirna.** Vermißt wird seit Montag früh die 18jährige Frieda Frohs von hier. Die Vermißte war zuletzt in Pössendorf in Dienst.

**Rönsitz.** Gestohlen wurden aus der Wohnung des Krankenhausverwalters Richter Bekleidungs- und Wäschestücke, sowie Leinwand im Werte von 10 000 Mark.

**Rönitzbrück.** Auf der Landstraße zwischen Jelfsholz und Cosel wurde am 4. September abends ein Pferdehändler durch 4 Revolvergeschosse von seinem Fahrrad herabgeschossen; das Fahrrad und auch die Handtasche wurden geraubt. Der Pferdehändler trug seine Barschaft aber auf der Brust. Der Räuber hatte sein altes Fahrrad bei dem schwerverletzten Opfer zurückgelassen. Er wurde bald darnach verhaftet und am Sonntag der Staatsanwaltschaft zugeführt. Es handelte sich um den 20 Jahre alten, in Wilsdorf bei Rönitz wohnhaften Fleischer Scheile; auch dessen Freund, ein im gleichen Alter stehender Fabrikarbeiter, wurde wegen Begünstigung mit festgenommen.

**Dresden.** Eine Spielergesellschaft wurde von der Kriminalpolizei in der Nacht zum 12. d. M. in einer Schankwirtschaft auf der Zwickauer Straße überrascht und aufgehoben. Spielgeld und Spielgeräte wurden beschlagnahmt. — Ferner wurden von der Kriminalpolizei ein 20jähriger stellenloser Dreher und ein 22jähriger Handlungsgehilfe festgenommen. Sie haben in Dresden und auch außerhalb Einsteigebüchlein verliert, 18 Fälle konnten ihnen nachgewiesen werden.

**Dresden.** Die Nachforschungen nach dem Täter des Mordes im Schönergrund sind bis Dienstag mittag leider ergebnislos geblieben. Es ist zu bedauern, daß die Tätigkeit der Landes kriminalpolizei in den letzten Monaten so wenig erfolgreich gewesen ist, denn auch über die Mordtaten bei Raib, bei Eutschütz, in der Dippoldswalder Heide, in Deuben und im Großen Garten zu Dresden herrscht noch

völliges Dunkel. — Das Rasen der Automobile, wogegen leider anscheinend die Dresdner Gendarmerie völlig machtlos ist, hat auf der Baugner Straße ein neues Opfer gemordet. Eine Waschfrau aus Bühlau wurde schwer verletzt.

**Mittweida.** Ein Schneidermesser aus Mittweida wurde, als er abends mit seiner Frau spazieren ging, von zwei Radfahrern überfallen. Der eine Wegelagerer packte die Frau, warf sie in den Straßengraben und setzte ihr den Revolver an die Stirn mit der Drohung, daß er sofort abdrücken werde, wenn sich die Frau nicht ruhig verhalte, während der andere den Mann mit den Worten andrillte: „Hände hoch, Geld- und Wertgegenstände her“, zu Boden warf, auf ihn kniete und ihm gleichfalls den Revolver vorhielt. Dann kam der zweite hinzu, verlangte Geld und Wertgegenstände und raubte, da der Ueberfallene erklärte, kein Geld zu besitzen, dessen wertvolle goldene Uhr mit Kette. Hierauf schlangen sich die Straßenräuber auf die Räder und fuhrren davon.

**Leipzig.** Am 5. d. M. abends war ein in Mockau wohnender Arbeiter mit seinem 18jährigen Sohn in Streit geraten, in dessen Verlauf die Mutter für ihren Sohn Partei ergriff. In ihrer Wut übergoß sie den Mann mit kochendem Wasser und trat ihn wiederholt in den Leib. Der Sohn band darauf seinem Vater die Hände mit einem starken Bindfaden auf den Rücken. Das entmenschte Paar schleifte den Mißhandelten sodann auf den Flur, um ihn die Treppe hinabzuwerfen. Jedoch gelang es dem Manne, sich seiner Fesseln zu entledigen. Völlig erschöpft, begab er sich zur Polizeiwache und erstattete Anzeige. Die Ehefrau gab bei der polizeilichen Vernehmung an, daß sie sich nur wegen der schlechten Behandlung, der sie und auch ihr Sohn durch ihren Mann ausgeübt gewesen seien, habe rächen wollen und daher die Tat auch keinesfalls bereue.

### Prinz Ruckuck!

Von morgen an wird

## KRAUT

geschnitten bei  
Otto Schuster, Altendorf 2.

### Ortsgruppe Bad Schandau für Handwerk, Handel u. Gewerbe.

Freitag, den 15. Oktober, abends 8 Uhr:

## Wichtige VERSAMMLUNG

im **Gambrinus.**

Vollzähliges Erscheinen dringend erwünscht. :: :: Der Ortsausschuss.



Als neuester Band erscheint jetzt

## Das Findelkind

Originalroman von Christine Rußland

Wir glauben allen bisherigen und zukünftigen Lesern mit dem als

**Jubiläums-Band**  
erschienenen Roman eine ganz besondere köstliche Perle deutscher Erzählungskunst zu bieten

Meisters Buch-Roman erscheint wöchentlich in Festsammlungen zum Preise von 50 Pfg. und ermöglicht durch das Einbinden in die zu jedem Roman erhältliche Einbanddecke auf die billigste Art und Weise die Beschaffung guten, einwandfreien Lesestoffes und mit der Zeit die Anschaffung **Hausbibliothek!** Verlangen Sie einer wertvollen **Hausbibliothek!** Probehefte von den Aussträgern oder durch die Geschäftsstelle dieses Blattes

Fünftzigster  
Band

### Achtung!

Jeden Dienstag  
8—12 Uhr vorm.

## Blumen-Ausgabe

in **Wendischfähre, Bahnhofsrestaurant.**

Gutlohnende Arbeit!

**Hugo Werner, Sebnitz i. Sa.**

Geübte

## Blumen-Arbeiterinnen

auf Ringel-Vergiftungsmittel  
nehmen sofort an

**Goldbach & Henke i. Sebnitz i. Sa. i. Weberstraße.**

## Ihre Kinder

die kleinsten und die größten, bleiben von Verdauungsstörungen verschont und ihr Ernährungszustand bessert sich durch Zerkleinern und ihr Mageninhalt. Fragen Sie nur Ihren Hausarzt. 100 g 4,95 M. in allen Apotheken und vielen Drogerien. — Verkaufsstelle in Bad Schandau: Flora-Drogerie.

Donnerstag, vormittag von 8—11 Uhr,  
findet auf Bad Schandauer Bahnhof

Verkauf von

## Zwiebeln u. Kürbissen

statt. — Ferner empfehle ich

**Möhren, Rot- u. Weisskraut, sowie Kartoffeln.**

**Willy Sander, Krippen.**

## Dentist M. Schiweck

Bad Schandau :: Am Markt 3

empfiehlt sich zum

**Einsetzen künstlicher Zähne,**

Zahn von 15 M. an.

Plomben von 6 Mk. an, sowie Goldkronen zu mäßig. Preis. Auch Umarbeiten schlecht sitzender Gebisse bei mäßiger Berechnung.

☿ Zur Landes-Versicherungs-Anstalt zugelassen. ☿

## Häute u. Felle!

Zu höchsten Tagespreisen

kaufe

Rinds- und Kalbs-

häute, sowie Felle von

Schaf, Ziegen, Hirsch, Rehs- und Kaninchenfelle.

Verkauf von Dämmen.

Wellhandlung Ernst Hammer, Bad Schandau, Kirchstr. 27.

**Prima Leer-Dachpappen,**  
teerfreie, Dachpappen,  
farbige Dachpappen,  
dett. Steinkohlenteer

**Klebemasse,**

**Helz- und Treib-Ole,**

sowie sämtl. Bauartikel

und Leinwand

liefert **Otto Jrmex, Radebeul,**

Fernsprecher 846.

**Mietverträge**

zu haben in der

Sächsischen Elbzitung.

**1 Plüschsofa, 1 Kleiderschrank, 2 Kommoden, 1 Tisch, 1 Kindertisch, 6 Stühle, 1 Bettstelle mit Matratze**

zu verkaufen bei

**Capezierer Starke,**

Bad Schandau :: Poststraße 142.

**1 Tafelwage,**

**1 Dezimalwage,**

gebraucht, aber in gutem Zustand,

zu kaufen gesucht.  
**H. Diersch, Galtz. Broßen.**